

Miese Geschäfte mit der Armut

Christophorus-Gesellschaft: Tag der Offenen Schuldnerberatung am 24. Juni

Würzburg. Das Angebot klingt gar zu verlockend: Ohne Schufa-Auskunft, verspricht das Inserat, wird Verschuldeten mit Krediten unbürokratisch geholfen. „Vorsicht!“, warnt die Würzburger Christophorus-Gesellschaft im Vorfeld der „Aktionswoche Schuldnerberatung“ vom 21. bis 25. Juni: Oft handeln die Kreditvermittler in betrügerischer Absicht. Mindestens 4.000 Menschen aus Unterfranken sind Schätzungen zufolge jährlich Opfer von Kreditvermittlungsbetrug, so Christophorus-Geschäftsführer Günther Purlein.

„Geschäfte mit der Armut“ lautet das Schwerpunktthema der diesjährigen bundesweiten Aktionswoche. Auf welcher infamen Weise Überschuldete abgezockt werden, analysiert seit nunmehr fast 13 Jahren ein bundesweiter Arbeitskreis, der von Christian Maltry, Leiter der Schuldnerberatungsstelle im Kreis Main-Spessart, mitgegründet wurde. Maltry und das Team der Christophorus-Schuldnerberatungsstelle arbeiten in dieser Frage eng zusammen. Die Problematik, so Günther Purlein, ist überall in Unterfranken ähnlich: Etwa 15 Prozent der Menschen, die sich an die Schuldnerberatungsstelle wenden, haben Erfahrungen mit den raffinierten Methoden von Geldhaien gemacht.

Eine typische Abzockmethode besteht darin, dass für den Hausbesuch des Kreditvermittlers im Nachhinein eine horrend Summe eingefordert wird. Nicht selten steckt hinter dem Inkassobüro, welches das Geld eintreibt, jener Kreditvermittler, der zunächst so verständnisvoll für die Sorgen seines neuen Kunden auftrat. Eine etablierte Betrugsmethode besteht außerdem darin, dass den Kreditnehmern Schrottimmobilien, Versicherungen oder Bausparverträge aufgeschwatzt werden. „Als Sicherheit“, wie es heißt. Sind die Verträge unterschrieben, hören die Verschuldeten von dem Kreditvermittler meist nie wieder. Oder es wird mitgeteilt, der Kredit sei geplatzt.

Vorsicht ist jedoch nicht nur bei Kreditvermittlern mit Lockvogelangeboten angesagt. Neben den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen treten immer häufiger auch private Institutionen als Schuldnerberatungsstelle auf. Einige von ihnen, bestätigt Purlein und Maltry, arbeiten in höchstem Maße unseriös. Mitunter stellt sich nach Maltrys Kenntnissen bei Nachforschungen heraus, dass das Geld zum Aufbau der Beratungsstelle „aus der Szene der Kreditvermittler“ stammt.

Eine schärfere gesetzliche Regelung wäre notwendig, um unqualifizierten und unseriösen Akteuren auf dem „Beratungsmarkt“ das Handwerk zu legen. Doch genau das Gegenteil

geschah. Früher begingen kommerzielle Schuldenregulierer, denen unseriöses Verhalten nachgewiesen werden konnte, eine Ordnungswidrigkeit. Die Staatsanwalt wurde eingeschaltet und begann, zu ermitteln. Nicht selten führten die Ermittlungen zum Straftatbestand des Betrugs. Rechtsberatern, die Beratungsleistungen nur vortäuschten oder überhöhte Honorarforderungen stellten, wurde dadurch der Garaus gemacht.

Seit zwei Jahren ist dies dank einer Gesetzesänderung anders. Unseriöse private Rechtsdienstleister verlieren zwar nach wie vor ihre staatliche Anerkennung. Ausreichende Sanktionsinstrumente jedoch fehlen. Weshalb die gewerblichen Anbieter munter weiter machen.

Die „Aktionswoche Schuldnerberatungsstellen“ nutzen die beiden Experten Günther Purlein und Christian Maltry, um an die laut Schätzungen 35.000 überschuldeten Menschen in Unterfranken zu appellieren, sich an Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände und Kommunen zu wenden. Und bloß die Hände wegzulassen von zweifelhaften Angeboten von Kreditvermittlern, die unbürokratische Hilfe versprechen, in Wirklichkeit aber nur die Not der Betroffenen schamlos ausnutzen.

Die „Aktionswoche Schuldnerberatung“ richtet sich aber auch an die Politik. Die sorgt mit einerseits zu schwammigen, andererseits zu komplizierten Regelungen dafür, dass die ohnehin schwierige Arbeit der Schuldnerberatungsstellen zusätzlich erschwert wird. Aktuelles Beispiel: Die Ausweitung des Kontopfändungsschutzes, die zum 1. Juli in Kraft tritt. Die Idee, dass es ab dem kommenden Monat ein Konto geben soll, das, entsprechend der Pfändungsgrenzen, unpfändbar ist, hilft vielen verschuldeten Menschen. Werden doch bisher noch viele Konten Verschuldeter von den Banken aufgelöst. Allerdings, so Purlein: „Das Gesetz ist in der Umsetzung höchst kompliziert.“

Wer sich näher informieren möchte, kann dies am 24. Juni, dem „Tag der Offenen Schuldnerberatungsstelle“ der Christophorus-Gesellschaft, tun. Günther Purlein